

Social Media Beliebte Bedrohung

Wir stehen an einem schmerzhaften Moment der Weltgeschichte. Die offenen Gesellschaften befinden sich in einer Krise und verschiedene Formen von Diktaturen und Mafiastaaten – beispielhaft verkörpert durch Wladimir Putins Russland – sind im Aufstieg begriffen. In den USA würde Präsident Donald Trump gern seinen eigenen, mafiaartigen Staat einrichten, aber er kann es nicht, weil die Verfassung, andere Institutionen und eine lebensstarke Zivilgesellschaft dies nicht zulassen.

Doch nicht nur das Überleben der offenen Gesellschaft steht infrage. Auf dem Spiel steht das Überleben der gesamten Zivilisation. Der Aufstieg von Staatschefs wie Kim Jong-un in Nordkorea und Trump in den USA hat damit eine Menge zu tun. Beide scheinen bereit, einen Atomkrieg zu riskieren, um sich an der Macht zu halten. Doch die eigentliche Ursache reicht noch tiefer. Die Fähigkeit der Menschheit, sich die Kräfte der Natur für konstruktive und zerstörerische Zwecke nutzbar zu machen, nimmt weiter zu, während unsere Fähigkeit, uns selbst ordnungsgemäss zu regieren, schwankt und derzeit einen Tiefstand erreicht hat.

Der Aufstieg und das monopolistische Verhalten der riesigen Internetunternehmen in den USA tragen stark zur Machtlosigkeit der US-Regierung bei. Diese Firmen haben bisher häufig eine innovative und befreiende Rolle gespielt. Doch mit zunehmender Macht haben sich Facebook und Google zu Innovationshemmnissen entwickelt und eine Fülle von Problemen geschaffen, die uns erst jetzt in Ansätzen bewusst werden.

Unternehmen erwirtschaften Gewinne, indem sie ihr Umfeld wirtschaftlich ausbeuten. Bergbauunternehmen und Ölgesellschaften beuten ihre physische Umgebung aus, Social-Media-Firmen das gesellschaftliche Umfeld. Letzteres ist besonders ruchlos, weil diese Unternehmen Denken und Verhalten der Menschen beeinflussen, ohne dass sich Letztere dessen überhaupt bewusst sind. Dies beeinträchtigt das Funktionieren der Demokratie und die Integrität von Wahlen.

Bald hat Facebook niemanden mehr, den es noch als Nutzer gewinnen könnte

Facebook hat achteinhalb Jahre gebraucht, um eine Milliarde Nutzer zu erreichen, und halb so lange, um die zweite Milliarde zu erreichen. Wenn es dieses Tempo beibehält, hat Facebook in nicht einmal drei Jahren niemanden mehr, den es noch als Nutzer gewinnen kann.

Facebook und Google kontrollieren faktisch mehr als die Hälfte aller digitalen Werbeeinnahmen. Um ihre Dominanz aufrechtzuerhalten, müssen sie ihre Netzwerke ausweiten und ihren Anteil an der Aufmerksamkeit der Nutzer steigern. Derzeit tun sie dies, indem sie Nutzern eine dienliche Plattform bieten. Je mehr Zeit die Nutzer auf der Plattform verbringen, desto wertvoller werden sie für die Unternehmen.

Weil zudem Content-Anbieter die Nutzung der Plattformen nicht vermeiden können und sie deren Bedingungen akzeptieren müssen, tragen auch sie zu den Gewinnen der Social-Media-Unternehmen bei. Tatsächlich rührt die aussergewöhnlich hohe Rentabilität dieser Unternehmen daher, dass sie weder eine Verantwortung für die Inhalte auf ihren Plattformen übernehmen noch dafür bezahlen. Die Firmen behaupten, dass sie Informationen lediglich verbreiten. Die Tatsache, dass sie als Distributoren weitgehend Monopolisten sind, macht sie zu öffentlichen Versorgern – und sollte sie zum Gegenstand einer strikteren Regulierung machen, die darauf abzielt, Wettbewerb, Innovation sowie einen fairen und offenen Zugang zu bewahren.

Es bedarf echter Anstrengung, um das, was John Stuart Mill als «Freiheit des Geistes» bezeichnet hat, geltend zu machen und zu verteidigen. Ist diese Freiheit erst einmal verloren, werden diejenigen, die im digitalen Zeitalter aufwachsen, sich möglicherweise schwer-



George Soros
Chairman,
Soros Fund
Management

«Es zeichnet sich eine alarmierende Aussicht ab: ein Bündnis zwischen autoritären Staaten und grossen, datenreichen IT-Monopolen.»

ten, sie wiederzuerlangen. Dies hätte weitreichende politische Folgen. Wer geistig unfrei ist, lässt sich leicht manipulieren.

Am Horizont zeichnet sich eine sogar noch alarmierendere Aussicht ab: ein Bündnis zwischen autoritären Staaten und grossen, datenreichen IT-Monopolen, das die noch in den Kinderschuhen steckenden Überwachungssysteme der Unternehmen mit den bereits weit entwickelten staatlich gesponserten Überwachungssystemen zusammenführt. Dies könnte durchaus zu einem Netz totalitärer Kontrolle führen, wie es sich nicht einmal George Orwell hätte vorstellen können.

Die Länder, in denen es als Erstes zu einer derart unheilvollen Verbindung kommen dürfte, sind Russland und China. Insbesondere chinesische IT-Unternehmen sind den US-Plattformen völlig gleichwertig. Sie genießen zudem den uneingeschränkten Beistand und Schutz des Regimes von Präsident Xi Jinping. Chinas Regierung ist stark genug, um ihre «nationalen Champions» zu schützen.

Es gibt ein wachsendes Bewusstsein einer Verbindung zwischen der Dominanz der Plattformmonopole und der steigenden Ungleichheit. Die Konzentration des Aktienbesitzes in den Händen einiger weniger spielt dabei eine gewisse Rolle. Doch noch bedeutsamer ist die von den Internetgiganten eingenommene Sonderstellung. Sie haben eine Monopolmacht erreicht, während sie gleichzeitig miteinander konkurrieren. Nur sie selbst sind gross genug, Startup-Unternehmen zu schlucken, die sich zu Wettbewerbern entwickeln könnten, und nur sie verfügen über die Ressourcen, um in das Territorium des jeweils anderen einzudringen.

Die EU und die nordischen Länder agieren weitsichtiger als die USA

Die Besitzer der Plattformgiganten betrachten sich selbst als Herren des Universums, doch tatsächlich sind sie Sklaven des Bemühens um die Bewahrung ihrer dominanten Position. Sie befinden sich in einem Kampf auf Leben und Tod um die Herrschaft über die neuen Wachstumsbereiche, welche die künstliche Intelligenz eröffnet, wie etwa fahrerlose Automobile.

Die Auswirkungen derartiger Innovationen auf die Arbeitslosigkeit sind von der staatlichen Politik abhängig. Die EU und die nordischen Länder agieren, was ihre Gesellschaftspolitik angeht, sehr viel weitsichtiger als die USA. Sie schützen die Arbeitnehmer, nicht die Arbeitsplätze. Sie sind bereit, für Umschulungen oder die Frühverrentung freigesetzter Arbeitskräfte zu bezahlen. Dies verschafft den Arbeitnehmern in den nordischen Ländern ein stärkeres Gefühl von Sicherheit.

Die Internetmonopole haben weder den Willen noch die Neigung, die Gesellschaft vor den Folgen ihres Handelns zu schützen. Dies macht sie zu einer öffentlichen Bedrohung, und es liegt in der Verantwortung der Regulierungsbehörden, die Gesellschaft vor ihnen zu schützen. Das US-Recht folgt dabei einer seltsamen Doktrin, die den Schaden am Anstieg der Preise bemisst, die Kunden für erhaltene Dienstleistungen zahlen. Jedoch ist es nahezu unmöglich, diesen nachzuweisen, da die riesigen Internetplattformen die Mehrzahl ihrer Dienstleistungen gratis erbringen. Zudem lässt die Doktrin die wertvollen Daten unbeachtet, die die Plattformunternehmen von ihren Kunden erheben.

EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager ist die Vorkämpferin des europäischen Ansatzes. Die Ermittlungen der EU gegen Google haben sich sieben Jahre hingezogen. Doch aufgrund ihres Erfolgs hat sich der Prozess zur Einrichtung einer Regulierung stark beschleunigt. Zudem hat der europäische Ansatz dank Vestagers Bemühungen begonnen, die Einstellungen in den USA zu beeinflussen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die weltweite Vorherrschaft der US-Internetunternehmen gebrochen ist. Angeführt von Vestager, werden Regulierung und Besteuerung ihr Verderben sein.

MEHRWERT (53)

Das Schweigen des Narzissten

RICCARDA MECKLENBURG

Tump schweigt. Oder haben Sie irgendeinen

Tweet zum Börsencrash gelesen? Natürlich schweigt er nicht ganz. Der Amoklauf an der Highschool in Florida wird dem FBI in die Schuhe geschoben. Und die Wahrheit über die erfolgreichen russischen Social-Media-Kampagnen gegen Hillary Clinton zur US-Wahl werden per Tweets verdreht und vernebelt. Ganz nach narzisstischem Verhaltensmuster werden Menschen entwertet, Grenzen missachtet. Seine fehlende Empathie nach dem Highschool-Shooting bringt Schüler in Rage. Vielleicht ärgert sich auch seine Melania, aber sonst herrscht Schweigen.



Noch vor zwei Wochen verkündete Trump auf Twitter, dass dank seiner «Make America Great Again»-Strategie der Dow Jones die Schwelle von 25 000 Zählern überschritten habe. Und die ersten Analysten speichelten gleich hinterher, dass ein Wert von 29 000 in greifbarer Nähe sei. Weitere Deregulierungen sollen laut Trump die Rekordentwicklung der Börse beflügeln. Mit versprochenen Infrastrukturprogrammen auf Pump sowie mit Steuererleichterungen werden die Unternehmer bei Laune gehalten. Arbeitnehmer wurden mit in Aussicht gestellten kleinen Lohnerhöhungen geködert. Sogar der neue Fed-Chef, Jerome Powell, muss jetzt für weitere Begeisterung bei Unternehmern und der Börse sorgen. Beide verstehen sich gut. Denn das Power-Duo Powell und Trump

Donald Trump ist in Sachen Börse auffallend still.

hat eine grosse Gemeinsamkeit: diplomatische Formulierungen, geführt wie ein Florett, sind ihnen fremd. Die sibyllischen Formulierungen, deren sich US-Fed-Chefs normalerweise bedienen, fallen Powell überaus schwer, was seinem Chef entgegenkommt. Denn auf Twitter wird schlicht formuliert.

Jetzt scheppte es an der Wall Street. Und was macht Trump? Er schweigt. Vielleicht schweigt er beleidigt, weil ihm seine Börsianer so eine Schlappe eingefahren haben. Denn schon wieder hat Trump damit die Zwei auf dem Rücken. Während Obamas erstem Amtsjahr stieg die Börse um 40 Prozent. Bei Trump sind es jetzt 20 Prozent. «So sad.» Aber mit einem müssen alle die Ungehorsamen rechnen: Der wichtigste Merksatz für den Umgang mit Narzissten lautet: Der liebe Gott vergibt. Ein Narzisst nie.

Riccarda Mecklenburg, Mitglied Verband Frauenunternehmen, Founder CrowdConsul.ch.

DIALOG



HZ Nr. 7 15.2.2018
«Coop boykottiert den Lebensmittelgiganten»
Finde ich von Coop sehr problematisch, da es den Konsumenten nicht einbezieht. Es gibt einige sehr gute Nestlé-Produkte, die der Konsument jetzt nicht mehr bewusst auswählen und kaufen kann, zum Beispiel das pflanzliche Le Parfait, welches ich persönlich ein fantastisches Produkt finde.
Noë Tondeur

HZ Nr. 7 15.2.2018
«Überraschende Zahlen in der Bundeskasse»
Die SP hat manchmal gute Ansätze, aber manchmal frage ich mich, was die im Kopf haben, anscheinend ist es der SP lieber, wenn man Schulden macht, und am Schluss muss das Volk dafür bezahlen.
Daniel Lüthi

HZ Nr. 7 15.2.2018
«Sparen im Detailhandel»
Die Ratte beisst sich langsam selbst in den Schwanz! Beim Angebot, Preis, Service happens an vielen Stellen.
Roland Posch



HZ Nr. 7 15.2.2018
«Was nach Thiams Turnaround kommt»
Nach Turnaround bei Credit Suisse kommt Portfolio-Debatte im Kommentar @millischer zu gross für die Nische und zu klein, um mit Blackrock und Co. mitzuspielen. @Handelszeitung @CreditSuisse @SwissBankingSBA #Banking.
Natasja Sommer @natasja_sommer

HZ Nr. 7 15.2.2018
«Die Finma-Regeln für ICO in der Schweiz»
Finma-Regeln zu #ICO lassen zu wünschen übrig – via @Handelszeitung: Die Finma-Regeln für ICO in der Schweiz. Aber die Regeln sind doch zumindest ein Beginn! Jetzt müssen sie halt stetig angepasst werden. So wie alle Regelungen auf dieser Welt.
Jürgen Kob @JuergenKob



HZ Nr. 7 15.2.2018
«Das Postauto-Debakel zieht Kreise»
Es geht überhaupt nicht um die Person und ob diese arrogant ist oder nicht, sondern um Fakten und den Sachverhalt. Wenn sie wirklich über die illegalen Machenschaften Bescheid wusste und nicht handelte oder noch schlimmer, diese anordnete, dann muss sie diskussionslos und sofort weg, da die Integrität nicht gegeben ist. Eine Strafanzeige muss



zwingend erfolgen, wenn sich der Verdacht, dass die Aktivitäten illegal sind, nicht widerlegen lässt. Von bundeseigenen und bundesnahen Betrieben erwarte ich höchste ethische Standards und Integrität. Ich hoffe (bezieungsweise erwarte), dass Politik und Verwaltung dies durchsetzen.
Philippe Kühni

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel